

Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten

Hier: Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung im Rahmen der Etatberatungen

Sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstands,

nach Durchsicht der Liste der Maßnahmen, die im Laufe der Etatberatungen beraten und beschlossen werden sollen, habe ich inhaltliche Anmerkungen sowie einige Fragen. Gemäß § 18 Abs. 2 LGG NRW bitte ich um schriftliche Antwort.

1. Hallenbad

Für das Hallenbad sind drei Maßnahmen aufgeführt. Insgesamt wird ein Einsparvolumen von 260.000,00 € angegeben.

Zur Beurteilung der Maßnahme – insbesondere im Hinblick auf die Gleichstellungsrelevanz- bitte ich darum,

- a) den einzelnen Maßnahmen - Vermietung an Schwimmschulen, Gebührenanpassung und Absenkung der Wassertemperatur – die jeweiligen angenommenen Einsparsummen zuzuordnen.
- b) Sind mit dem Begriff „Gebührenanpassung“ die bereits im Juni dieses Jahres erfolgten Gebührenerhöhungen gemeint oder sind weitere geplant? Wenn ja, in welcher Höhe sollen diese erfolgen?
- c) Bei der Berechnung des Einsparvolumens durch die Absenkung der Wassertemperatur, bitte ich zu berücksichtigen, dass sich der Gasverbrauch durch die Lüftung, die Duschboiler und die Wassertemperatur zusammensetzt. Entscheidend ist hier allerdings nur der Gasverbrauch, der durch die Erwärmung des Wassers entsteht. Dieser muss folglich separat ausgewiesen werden. Hier bitte ich um die konkrete Summe des Einsparvolumens durch die Absenkung der Wassertemperatur.

Begründung

Die Absenkung der Wassertemperatur in Hallenbädern hat für Frauen, Kinder und ältere Menschen erhebliche Auswirkungen. Diese Personengruppe hat einen geringeren Muskelanteil sowie dünnere Haut als Männer, die Hauttemperatur von Frauen sinkt bei Kälte schneller ab. Da Kinder im Vergleich zu Erwachsenen eine größere Körperoberfläche im Verhältnis zu ihrer Körpermasse haben und oft über weniger isolierende Fettschichten oder Muskelmasse verfügen, kühlen sie im Wasser deutlich schneller aus. Schon die Absenkung um 1C° hat deutliche Auswirkungen.

2. Streichen der Stelle Infotheke Service Center Schwelm

Bislang fehlt ein Schutzkonzept für das Rathaus. Seit dem Einzug im Jahr 2025 gab es bereits mehrere Bedrohungssituationen für Mitarbeiterinnen.

Neben Schutzmaßnahmen, die sich derzeit in der Prüfung befinden (Zwischentüren mit Zugangskontrolle für einen Flügel der Etage 2) und der bereits beschlossenen

Anschaffung sogenannter Alarm- oder Notfallknöpfe (ebenfalls für Etage 2), fehlt ein Gesamtkonzept.

Zutrittskontrollen für das Rathaus, gesteuert über das Service-Center-Schwelm, sind eine Maßnahme, die in diesem Kontext denkbar wäre – allerdings mehr Personal im SCS erfordert.

Bevor also die Entscheidung zur Streichung einer Stelle im SCS fällt, sollte dringend ein Schutzkonzept für das Rathaus erarbeitet werden.

Gibt es einen konkreten Zeitplan für die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes? Falls andere Überlegungen zum Schutz der Mitarbeiter*innen vorliegen, bitte ich diese zu benennen.

3. Streichen der Stelle im Bereich Klimaschutzmanagement

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen Menschen je nach Geschlecht, sozialem Status und Region unterschiedlich hart.

Obwohl Frauen global weniger zum Klimawandel beitragen als Männer, sind sie vermehrt vom Klimawandel betroffen. Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2025 kommt zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel und seine Folgen Frauen und Menschen mit geringem Einkommen besonders hart treffen. Der Bericht verweist etwa auf die Auswirkungen von Hitzewellen auf Schwangerschaften [Anm. z. B. erhöhte Rate von Fehl- und Frühgeburten] auf die Entwicklung von Neugeborenen und auf häusliche Gewalt. „Ältere Frauen sind bei Hitzewellen einem größeren Gesundheitsrisiko ausgesetzt als ältere Männer. Extremwetterereignisse führen oft dazu, dass Frauen noch mehr Sorgearbeit leisten müssen, um Kinder, Ältere und Erkrankte zu unterstützen.“

Quellen:

[Klimawandel trifft Frauen stärker - Sozialverband VdK Deutschland e.V.](https://www.uke.de/landingpage/zukunftsplan-2050/medizin-der-zukunft/klimawandel-erhoeht-risiko-fuer-fruehgeburten.html)

<https://www.uke.de/landingpage/zukunftsplan-2050/medizin-der-zukunft/klimawandel-erhoeht-risiko-fuer-fruehgeburten.html>

Vor diesem Hintergrund ist es essentiell, dass alle Städte zum Klimaschutz beitragen. Verwaltung hat eine Vorbildfunktion. Ausgewiesene Expert*innen im Bereich Klimaschutz helfen die daraus erwachsende Verantwortung wahrzunehmen.

Wie möchte die Stadtverwaltung Schwelm zukünftig das Thema Klimaschutz in der Stadt und in den unterschiedlichen Fachbereichen verstetigen und koordinieren und wie sollen Bürger*innen sensibilisiert und beteiligt werden?

4. Streichen des Integrationspreises I Kürzung des Budgets ACI

Auch wenn dieser Punkt zunächst keinen offensichtlichen Gleichstellungsbezug aufweist, möchte ich zu bedenken geben, dass in Zeiten, in denen Integration und

gesellschaftliche Vielfalt von immer mehr Menschen mit Distanz betrachtet werden und menschenfeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen bis hin zur gesellschaftlichen Mitte Raum gewinnen, die gleichzeitige Streichung des Integrationspreises **und** die Kürzung des Budgets des ACI ein Zeichen der Verwaltung setzen, das kritisch zu sehen ist.

Alternativ könnte der Integrationspreis gestrichen und auf die Kürzung des Budgets des ACI verzichtet werden.

Gez. Anke Steger
Gleichstellungsbeauftragte